



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Samassa, P.: Die Weiterentwicklung des deutsch-österreichischen
Bündnisses

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Weiterentwicklung des deutsch-österreichischen Bündnisses

Von Prof. Dr. P. Samassa-Berlin



wischen dem Bürgermeister von Wien und dem Deutschen Kaiser sind im Wiener Rathause Begrüßung und Dank getauscht worden, die über den Rahmen konventioneller Höflichkeit hinausgingen. Der jetzige Bürgermeister — eine höchst unpolitische Persönlichkeit, besonders wenn man sie an ihrem Vorgänger mißt — konnte naturgemäß nicht mehr zum Ausdruck bringen als Gefühle der Bevölkerung; bedeutungsvoller war, daß der Kaiser bei seiner Ausdeutung des Bündnisses sich auch im wesentlichen auf Gefühle berief und das Wort prägte, daß das Bündnis „als Imponderabile in das Leben der beiden Völker übergegangen“ sei. Eine kritische Exegese könnte ja wohl bei diesen Worten einsehen, das österreichisch-ungarische Volk, das hier auf der einen Seite als Besitzer des Imponderabiles erscheint, in seine neun Völker zerlegen und prüfen, wie jedes einzelne davon sich zu dem Bündnis verhält, wobei denn wohl recht beträchtliche Unterschiede herauskämen — von liebevoller Pflege des Imponderabiles bis zu haßerfüllter Ablehnung. Aber das soll hier nicht untersucht werden. Es besteht noch ein anderer Widerspruch: zwischen diesem Gefühlswert und dem tatsächlichen Wortlaut des Bündnisses. Der Kaiser sprach davon, daß es ein Gebot der „Pflicht und Freundschaft“ zugleich gewesen sei, daß das Deutsche Reich sich in der Annexionskrise vor zwei Jahren „in schimmernder Wehr“ an die Seite seines Bundesgenossen gestellt habe. Es hat angesehenen Politiker und nationale Blätter von Bedeutung gegeben, die diese Pflicht bestritten haben; in der Tat ist sie aus dem Wortlaute des Bündnisvertrages kaum abzuleiten. Vielleicht aber aus Zweckmäßigkeitsgründen, die zu erwähnen der Kaiser keinen Anlaß hatte, ganz

Grenzboten IV 1910

abgesehen davon, daß dies zum Stimmungsgehalt seiner Rede schlecht gepaßt hätte. Und dies bringt mich auf den schwachen Punkt des deutsch-österreichischen Bundesverhältnisses.

Es handelt sich um folgendes: Nach dem Wortlaute des Vertrags war das Deutsche Reich vor zwei Jahren sicherlich nicht verpflichtet, sogleich zu erklären, daß es sich unbedingt auf Seite Österreichs stelle; aber in dem Augenblick, wo Rußland, etwa infolge des Einmarsches österreichischer Truppen in Serbien, Österreich den Krieg erklärte, war der Bündnisfall zweifellos gegeben. Die spitzfindigste Haarpalterei hätte hier nicht Österreich — etwa deshalb, weil es durch die Annexion Bosniens den Berliner Vertrag verletzt habe — als den Angreifer hinstellen können; denn erstens wäre Rußland doch unter allen Umständen formell der Angreifer gewesen, aber auch materiell im Unrecht, weil es tatsächlich durch Geheimverträge, die zum Teil zeitlich weit zurückliegen, zum Teil jüngsten Datums waren, zur Annexion seine Zustimmung gegeben hatte. Aber sehen wir selbst davon ab, nehmen wir an, daß Österreich wirklich und ganz unzweideutig der Angreifer gewesen wäre: wenn der Bismarcksche Standpunkt richtig war, daß das Deutsche Reich Österreich als Großmacht auf der Landkarte Europas nicht entbehren könne, dann hätte es doch mindestens einspringen müssen, wenn Österreich von Rußland, Serbien und wahrscheinlich als drittem im Bunde Italien besiegt am Boden gelegen hätte. Man lese in den „Gedanken und Erinnerungen“ nach: als Bismarck von russischer Seite gezwungen wird, zwischen Österreich und Rußland zu wählen, läßt er Rußland wissen, „daß wir zwar ertragen könnten, daß unsre Freunde (d. i. Österreich und Rußland) gegeneinander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet und geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde“. Das war drei Jahre vor Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Nach Abschluß des Bündnisses hat es eine Situation gegeben, die mit der Annexionskrise vor zwei Jahren sehr viel Ähnlichkeit hatte: die bulgarische Krise in den Jahren 1885 bis 1887. Die deutsche und die österreichische Politik gingen damals sehr verschiedene Wege. Nach Bismarcks Meinung hätte man Rußland an der Gewaltpolitik gegenüber Bulgarien gar nicht hindern sollen; denn sicherlich hätten die Russen ganz erfolglos an diesem Knochen herumgewürgt und der Panlawismus hätte einen unheilbaren Stoß erhalten, wenn die Bulgaren die russische Liebe einmal recht gründlich am eigenen Leibe genossen hätten; schließlich hätten sie sich ihre Freiheit doch auch gegen Rußland erkämpft. Und da sah Bismarck zweifellos viel weiter als die die österreichische Politik leitenden magyarischen Politiker. Das formale Recht war indes zweifellos auf Seite Österreichs: eine Besetzung Bulgariens durch Rußland hätte dem Wortlaut des Berliner Vertrags widersprochen. Bismarck legte ihn jedoch in seiner berühmten Rede vom 6. Februar 1888 eher zugunsten Rußlands aus, d. h. er sprach nicht vom Wortlaute des Vertrages, sondern von den Gedanken, die

die Vertragsmächte sich beim Kongress über die künftige Stellung Rußlands in Bulgarien gemacht hätten. Der Zwiespalt zwischen der deutschen und der österreichischen Auffassung war damals so groß und so offenkundig, daß man das zur Zeit in seinem Wortlaut noch nicht bekannte Bündnis in der öffentlichen Meinung ernstlich für erschüttert hielt. Recht bezeichnend ist eine Rede, die Graf Andrassy am 16. November 1886 in der ungarischen Delegation hielt. Von verschiedenen Seiten waren Vorwürfe gegen das Bündnis erhoben worden, das Österreich-Ungarn in der Balkanpolitik offenbar keinen Rückhalt gewähre. Andrassy, der das Bündnis geschlossen hatte und nun der Delegation als Abgeordneter angehörte, fühlte sich dadurch getroffen und versetzte seinem Nachfolger, dem Grafen Kalnoth, dessen Politik ihm zu bedächtig war, folgenden Sieb: das Bündnis werde nur deshalb in der bulgarischen Frage nicht ausgenützt, weil Österreich Deutschland immer als Vermittler Rußland gegenüber in Anspruch nehme; es möge seinen Weg geradeaus gehen, ohne auf Rußland irgendwie Rücksicht zu nehmen. Man mag bezweifeln, ob seinen Hörern — mit Ausnahme der Vertreter des Ministeriums des Äußeren, die den Vertrag kannten — der Sinn seiner Worte sehr deutlich war; heute, wo wir den Wortlaut des Vertrages kennen, kann darüber gar kein Zweifel sein: Andrassy wollte es ohne Rücksicht auf Deutschland zum Kriege treiben; griff Rußland an, dann war Deutschland eben zur Hilfe verpflichtet. Bismarck hat den Krieg ja schließlich verhindert; Kalnoth war von seinen Landsleuten mehr gedrängt als selbst konfliktlustig, Rußland gegenüber machte Bismarck aber von den stärksten Beschwörungsformeln Gebrauch, ließ es schließlich auch wissen, daß er Österreich doch nicht im Stiche lassen werde, wenn er auch dessen Standpunkt nicht teile. Der Zorn der Panlawisten richtete sich denn auch mehr gegen Deutschland als gegen Österreich. Skobelev hatte das Wort geprägt, daß der Weg nach Konstantinopel durchs Brandenburger Tor gehe; und das blieb schließlich richtig, trotzdem Bismarck wiederholt ausgesprochen hat, daß er den Russen den Besitz von Konstantinopel durchaus gönne.

Bismarck hat damals eine andre Taktik eingeschlagen als in ähnlicher Lage vor zwei Jahren Bülow, und letzterem ist dies unter Hinweis auf seinen großen Vorgänger von mancher Seite verdacht worden. Aber in der Situation lagen doch zwei wesentliche Unterschiede: erstens war damals die österreichische Politik, trotzdem sie den Buchstaben des Berliner Vertrags auf ihrer Seite hatte, doch wesentlich aggressiver, Bulgarien lag zweifellos in der russischen Einflußsphäre; es war nicht abzusehen, wohin eine Politik nach den Wünschen der magyarischen Heißsporne führen würde, ein rückhaltloses Eintreten für die österreichische Politik seitens Deutschlands wäre Wasser auf deren Mühlen gewesen. Die Aktion bei der Einverleibung Bosniens war von vornherein begrenzt, was auch in der Räumung des Sandschaks zum Ausdruck kam, und das moralische Recht auf Österreichs Seite, wenn es auch den Buchstaben des Berliner Vertrags verletzte. Zweitens war damals das Verhältnis zu Rußland

doch noch anders als heute, und insbesondere konnte Bismarck auf seine persönliche Autorität hin manches wagen, was seinen Nachfolgern versagt schien. Welche Taktik nun aber im einzelnen Falle vom leitenden deutschen Staatsmanne befolgt wurde, um den Frieden zu sichern, kommt erst in zweiter Linie. Die Tatsache bleibt bestehen: in beiden Fällen fehlte nur wenig, daß das Deutsche Reich wegen einer Orientfrage, an der es gar kein Interesse hatte, die uns, um mit Bismarck zu sprechen, durchaus Sekuba sein konnte, in einen Krieg mit Rußland verwickelt worden wäre, der einen französischen Angriff zur sicheren, und im zweiten Falle einen englischen zur wahrscheinlichen Folge gehabt hätte, kurzum in einen Krieg um Sein oder Nichtsein. Daß der Bündnisvertrag in der Tat die Kriegsmöglichkeiten für Deutschland vermehre, hat Bismarck übrigens offen zugestanden, so z. B. in seiner programmatischen Rede vom 6. Februar 1888 mit den Worten: „Und deshalb glaube ich, Sie werden die Politik Seiner Majestät des Kaisers, die das publizierte Bündnis abgeschlossen hat, billigen, obschon die Möglichkeit eines Krieges dadurch verstärkt wird.“

Der Vertrag bedeutet in seinen Wirkungen für beide Teile nicht dasselbe. Wenn man vom Deutschen Reiche selbst absteht, so hat Österreich nur einen Feind, der es wirklich vernichten könnte, und das ist Rußland; wenn nun Deutschland durch das Bündnis als möglicher Gegner ausgeschaltet wird und jeder Angriff Rußlands sofort den Bündnisfall schafft, d. h. das Deutsche Reich zwingt, mit allen seinen militärischen Machtmitteln dem Verbündeten zu Hilfe zu kommen, so bedeutet der Vertrag für Österreich so ziemlich die Garantie seines territorialen Bestandes durch das Deutsche Reich, womit ja natürlich noch nicht gesagt ist, daß die Machtmittel der Verbündeten auch stets ausreichen werden, um eine Niederlage und als Folge davon Gebietsverluste zu verhindern. Für das Deutsche Reich liegt die Sache aber ganz anders; Rußland ist nicht sein einziger und keinesfalls sein stärkster Gegner. Wir könnten in einen Krieg mit Frankreich und England verwickelt sein, ohne daß Österreich auch nur den Finger zu rühren braucht. Diese Verschiedenheit des praktischen Wertes des Bündnisses für die beiden Mächte gab der Bismarckschen Politik mit dem russischen Rückversicherungsvertrag zweifellos die innere Berechtigung; Bismarck wollte das auf die deutsche Seite fallende Risiko abschwächen. Die Festigkeit des Bündnisses hat dadurch aber kaum gewonnen; denn naturgemäß löste diese Politik auf österreichischer Seite ein ähnliches Bemühen aus, sich mit Rußland zu verständigen, mögen die Voraussetzungen hier auch anders und schwieriger liegen. Die Möglichkeit kasuistischer Auslegung ergibt sich aber eben daraus, daß das Bündnis nur auf einen bestimmten Fall zugeschnitten und weit entfernt davon ist, ein Schutz- und Trugbündnis zu sein. Etwas derartiges hatte Bismarck aber tatsächlich erstrebt; ihm schwebte ein Verhältnis zu Österreich vor, das das alte Verhältnis im Deutschen Bund ersetzen sollte, ohne dessen Unzuträglichkeiten zu haben. Das hatte er fast unmittelbar nach Königgrätz geäußert, dann während des Deutsch-Französischen Krieges zu Busch. Und auf

dieses Ziel waren auch die Verhandlungen mit Andrássy in Gastein gerichtet, die dann zum Abschlusse des Bündnisses führten. Die Ziele Bismarcks gingen nach drei Richtungen: Ausdehnung des Bündnissesfalls auch auf einen Angriff Frankreichs allein auf Deutschland, Einverleibung des Bündnisses in die Verfassungen, das dadurch dauernd festgelegt, sich von andern zeitlich befristeten Verträgen entsprechend abgehoben hätte, endlich eine Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiet, deren Endziel eine Zollgemeinschaft sein sollte.

Auf all das ging Andrássy nicht ein; er war ein aufrichtiger Freund des Zusammengehens mit dem Deutschen Reich; war aber die Linie der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns verfassungsmäßig ein für allemal festgelegt, dann blieb der magyarischen Vorherrschaft auf diesem Gebiet wenig Spielraum. Es mögen auch noch andre Gründe mitgespielt haben; ein solches Vertragswerk hätte nicht mit einem Schlage ins Leben treten können und eines längeren Ausbaues bedurft; Andrássy war aber im Begriff seinen Abschied zu nehmen und wollte nur mehr das Bündnis abschließen, um dann dem Kaiser sein Portefeuille zur Verfügung zu stellen. Man kann verstehen, daß er darum nur auf das sofort Erreichbare ging. Von Bismarcks ursprünglicher Absicht kam ein kümmerlicher Rest in der Einleitung des Vertrages in der Wendung zum Ausdruck: „daß beide Monarchen, ähnlich wie im früher bestandenen Bundesverhältnisse, durch festes Zusammenstehen beider Reiche usw.“.

Bismarck behielt seine ursprünglichen Ziele wohl noch eine Zeitlang im Auge. So regte Windthorst im Jahre 1885 im Reichstage an, „politisch-pragmatische Verträge mit Österreich zu schließen und dadurch die Lücke zu decken, die das Jahr 1866 in die deutschen Beziehungen gerissen hat“; und Bismarck erwiderte, daß er mit Windthorst über das Wünschenswerte derartiger Verträge einer Meinung sei, er habe sich auch in dieser Richtung bei Österreich bemüht, aber die Schwierigkeiten, die sich dort entgegenstellten, seien sehr groß; es sei sehr zweifelhaft, ob eine Regierung dort, die bereit wäre, auf derartige Verträge einzugehen, sie von den parlamentarischen Körperschaften bewilligt bekäme. Es ist aus dem Wortlaute dieser Rede nicht zu ersehen, ob Bismarck hier auf seine Bemühungen bei den Vorverhandlungen zum Abschlusse des Bündnisses Bezug nahm oder ob er nach dem Abschlusse noch weitere Versuche in dieser Richtung gemacht hat. Wenn man auf Seite Österreichs auf die parlamentarischen Schwierigkeiten verwies, so war das wohl nur ein Deckmantel für die Unlust der Regierung. Gerade damals kam in Ungarn im Zusammenhang mit der deutschen Schutzollpolitik und den deutschen Getreidezöllen eine Bewegung zugunsten eines Zollbündnisses mit dem Deutschen Reiche in Gang; und trotz der deutschfeindlichen Mehrheit des „eisernen Rings“, die damals unter dem Kabinett Taaffe das österreichische Parlament beherrschte, hätte eine Regierung, die ernstlich wollte, wohl auch hier derartige Verträge durchdrücken können. Sehr nachdrücklich waren indes die von deutscher Seite erfolgenden Anregungen, wenn sie überhaupt noch stattgefunden haben, sicherlich nicht.

In den „Gedanken und Erinnerungen“ hat Bismarck dann das ganze Thema rückschauend behandelt; und wie dieses Werk mehr einen Kommentar zu seiner Lebensarbeit als ein politisches Testament, das Zukunftsziele weist (und dann ja niemals unmittelbar nach seinem Tode hätte veröffentlicht werden können), darstellt, so lag es Bismarck nahe, bei dem, was er nicht erreicht hatte, vor allem die Schwierigkeiten zu sehen, die seinen Absichten entgegenstanden. Bezüglich der verfassungsmäßigen Inartikulierung des Bündnisses verweist er vor allem darauf, daß es eine stärkere Bindung, als sie im alten Bundesverhältnis bestand, nicht gut geben könnte, und daß dies trotzdem Königgrätz nicht verhindert habe. Man könnte dem noch hinzufügen, daß der jetzige Bündnisvertrag wegen seiner einseitigen Zuspizung auf einen bestimmten Fall — den russischen Angriff — sich zu solcher verfassungsmäßiger Festlegung überhaupt nicht eigne, sondern daß dem die Ausgestaltung des Bündnisses zu einem Schutz- und Trutzbündnisse erst vorausgehen müßte. Dies wird auch von den deutschnationalen Parteien in Österreich übersehen, die sich den ursprünglichen Gedanken Bismarcks programmatisch zu eigen gemacht haben.

Es fragt sich nun, ob heute noch eine solche Ausgestaltung des Bündnisses erwünscht sein kann und, wenn ja, auf welchem Wege sie zu erreichen wäre. Da mag auf zwei Dinge verwiesen werden, die sich seit dem Abschlusse des Bündnisses sehr erheblich geändert haben: Deutschlands Verhältnis zur orientalischen Frage und sein Verhältnis zu England. In die letzten dreißig Jahre fällt der Aufschwung wirtschaftlicher Betätigung Deutschlands in der Türkei; mehr als einmal haben wir dabei erkennen müssen, daß in den Ländern des Orients Wirtschaftliches sich vom Politischen niemals reinlich trennen läßt, der wirtschaftliche Erfolg vielfach an das politische Prestige gebunden ist. Deutschland und Österreich sind in ihrer wirtschaftlichen Betätigung auf dem Balkan ihre eigenen Wege gegangen, der deutsche Handel hat sogar dank seiner größeren Mühsrigkeit mancherlei Erfolge auf Kosten Österreichs errungen. Es fragt sich, ob bei gemeinsamem Vorgehen nicht beide Partner größere Vorteile gehabt hätten. In der Politik schob Deutschland immer seine Uninteressiertheit in orientalischen Fragen vor, gewann sich dadurch sowie durch kleine Gefälligkeiten die Gunst Abdul Hamids im besonderen Maße und nützte diese Lage auf wirtschaftlichem Gebiete entsprechend aus. Aber schon Abdul Hamid konnte nicht immer, wie er wollte, und Drohung mit Machtmitteln mußte auf ihn häufig größeren Eindruck machen als Wohlwollen und Liebe. Nach dem Sturze des hamidischen Regiments schien Deutschland als dessen Gönner bei dem neuen Herrn übel angeschrieben, was auch in wirtschaftlichen Schädigungen, wie der Verleihung der Dampfschiffkonzession auf dem Euphrat an eine englische Gesellschaft, zum Ausdruck kam. Die Kretafrage hat dann einen für uns sehr glücklichen Umschwung zustande gebracht; das gemeinsame Vorgehen mit Österreich war hier von selbst gegeben. Ob wir uns aber immer die Sympathie der Türkei durch einfache Passivität, die in der Kretafrage zunächst für uns

glücklicherweise das allein Gegebene war, werden erhalten können, scheint mehr als fraglich. Wir haben mit Österreich das größte Interesse daran, daß die Türkei nicht zum Spielball der Tripelentente wird, und es läßt sich sehr wohl eine Lage denken, wo ein aktives Eingreifen zu diesem Zwecke unsererseits durchaus gerechtfertigt sein könnte.

Ein andres Motiv führt auf einen bereits berührten Gedankengang. Die verhältnismäßige Ruhe in der orientalischen Frage beruht heute einzig und allein auf dem jungtürkischen Regime, über dessen Zukunftsaussichten sich selbst gute Kenner des Orients kein sicheres Urteil bilden können. Die Hauptgefahr droht ihm natürlich im Inneren; aber mehr und mehr läßt sich erkennen, daß die Mächte der Tripelentente sich mit einer selbstbewußten und wahrhaften Türkei, die sich Eingriffe von außen verbittet, nur ungern abfinden; gegebenenfalls würden sie wohl das Ihrige tun, um das jungtürkische Regime zu stürzen.

Tritt dies ein, dann wird die orientalische Frage bedenklicher als seit langem; denn das Verhältnis zwischen Österreich und Rußland ist heute noch so schlecht, wie zur Zeit der Annexionskrise und in dem Augenblick, wo die Türkei ihre Autorität in Albanien nicht mehr aufrechterhalten kann, werden dort die italienischen Ansprüche wieder lebendig und bringen den latenten österreichisch-italienischen Konflikt zum Ausbruch. Durch längere Perioden hindurch gab es zwischen Österreich und Rußland Abkommen, die zwar keine endgültige Verständigung über die kollidierenden Orientinteressen der beiden Mächte darstellten, wohl aber die Grundlagen von Waffenstillständen: das Reichstadter und das Münzsteger Übereinkommen. Heute fehlt irgend etwas dieser Art gänzlich, ja es bahnt sich nicht einmal an. Wieder sind wir der Möglichkeit ausgesetzt, daß Österreich wegen einer uns gleichgültigen Orientfrage mit Rußland in Krieg gerät und wir in den Kampf einbezogen werden. Wäre es da nicht zweckmäßiger, wenn wir die Linien einer gemeinsamen Orientpolitik mit Österreich gleich festlegten und uns für das Risiko, das wir laufen, auch einen Gewinn ausbedängen? Gäbe uns das nicht auch sicherere Gewähr für die Erhaltung des Friedens?

Und nun unser Verhältnis zu England. Zur Zeit, als das deutsch-österreichische Bündnis abgeschlossen wurde, trübte kein Wölkchen den Freundschaftshimmel zwischen Deutschland und England; und da der Gegensatz Englands zu Rußland vom Russisch-Türkischen Kriege her, der zu Frankreich Egyptens wegen so lebhaft war wie nur je, galt England als der natürliche Verbündete der neuen kontinentalen Allianz. Nach Abschluß des Dreibundes übernahm England sogar die Aufgabe, die lange italienische Küste gegen einen französischen Angriff zu decken. Ich brauche hier nicht darzulegen, wie sich seitdem die Dinge gewandelt haben; genug, wir müssen heute mit der Möglichkeit rechnen, daß wir von England angegriffen werden oder daß England sich irgendeinem andern Gegner, der uns angreift, zugesellt. Und wenn dies nicht Rußland ist, so haben wir keinen Anspruch auf eine Hilfeleistung Österreichs. Österreich

hat aber heute schon zwei Dreadnoughts auf Stapel und wird in absehbarer Zeit über eine Division solcher Schiffe verfügen. In England hat man diese Division ohne weiteres der deutschen Kriegsflotte hinzuaddiert; mit Unrecht, denn Österreich baut diese Schiffe gegen Italien und darf sie bei einem deutsch-englischen Zusammenstoß ruhig in Pola liegen lassen. Für uns wäre es aber keine Kleinigkeit, wenn durch diese Division eine ebenso große Zahl englischer Kriegsschiffe gleicher Klasse in Malta gebunden wäre. Hier liegt also das Gebiet, wo wir für eine Unterstützung der österreichischen Orientpolitik Gegenleistungen fordern und erhalten können. Und wenn sich erst diese Interessengemeinschaft auf breiterer Grundlage zwischen Deutschland und der Donaumonarchie eingelebt hat, dann mag auch der Zeitpunkt gekommen sein, wo der Buchstabe des Vertrags der Neugestaltung der Verhältnisse Rechnung trägt und der jetzige Bündnisvertrag sich in ein wirkliches Schutz- und Trutzbündnis verwandelt.



Hundert Jahre Berliner Universität

Skizze von K. Bruchmann-Berlin



Is am Mittwoch, den 10. Oktober 1810, nachmittags 4 Uhr, der Vorhang in der Universität endlich aufging, hatte das große Publikum keine Ahnung davon, welche Schwierigkeiten überwunden waren, ehe die Szene fertig wurde, und niemand konnte voraussehen, wie reich und gewaltig sich das Spiel entwickeln würde.

Etwa seit 1799 war zwischen J. J. Engel, dem Philosophen für die Welt († 1802), und dem Rabinettsrat Beyme von der Errichtung eines neuen allgemeinen Lehrinstituts in Verbindung mit der Akademie die Rede gewesen. Diese Lehranstalt sollte freilich nach Engels Meinung von den „lächerlichen Bocksbenteleien“ der Universitäten frei sein; die alten akademischen Formen sollten aufhören. Behielt man Fakultäten bei, so könne doch gefragt werden, ob dabei auch an eine theologische zu denken sei. In das allmählich anwachsende Stimmengewirr brachte Friedrich Wilhelm der Dritte ein erstes Aufhorchen, als er 1807 aussprach: Der Staat muß durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischen verloren hat. Halle, das als Mittelpunkt der Weisheit gegolten und 1805 etwa tausend Studenten gehabt hatte, war verloren. Als aber gleich nach dem Frieden von Tilsit die hallischen Professoren den König baten, ihre Universität nach Berlin zu verlegen, lehnte er es ebenso ab, wie die Meinung, daß die idyllischen Gefilde von Potsdam geeigneter seien. Der schließlichen Einrichtung kam zu Hilfe, daß sich in Berlin außer der Akademie allerlei